



MUNK e. V. informiert:

Wie schnell kommt die Westumgehung?

Nach 40 Jahren Planung mögen manche denken, dass die Realisierung noch einmal 10 bis 20 Jahre auf sich warten lassen wird. Die Westumgehung kann jedoch bereits in wesentlich kürzerer Zeit Realität sein. Der erklärte Wille einiger politischer Entscheidungsträger ist es, den Straßenbau speziell in Oberfranken voranzutreiben. Dafür spricht die derzeit außerordentlich schnelle Bearbeitung durch das Straßenbauamt Bamberg sowie der angestrebte Zeitplan, bei dem auch ein Baubeginn bereits 2010 genannt wurde. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel, der Sprung in die Dringlichkeitsstufe des bayerischen Straßen- und Wegeplanes, sowie das Planfeststellungsverfahren sollen schnell ermöglicht bzw. durchgeführt werden. Zusätzlich beschleunigend könnte der politisch geförderte Straßenbau als Konjunkturprogramm wirken.

Wann hat in diesem Prozess der Marktgemeinderat ein Mitspracherecht? Die derzeitige Vorentwurfsplanung ist der wichtigste Zeitpunkt in der der Marktgemeinderat seine Vorstellungen und Wünsche äußern kann. Hier haben sich aber einige wichtige Probleme ergeben, die bei diesem schnellen Tempo nicht übersehen werden dürfen.

Die geplante Anbindung mit einem Kreisverkehr über die Erleinhofer Straße erhöht in einem Wohngebiet das Verkehrsaufkommen etwa in der Stärke, wie es derzeit in der Friedhofstraße zu beklagen ist. Gleichzeitig verringert sich der Verkehr in der Friedhofstraße nach bisherigen Prognosen nur um etwa 25 bis 30%. Zusätzlich werden neue Gefahrensituationen für den Schulweg zu den weiterführenden Schulen geschaffen, während sich die Situation vor der Grundschule ebenfalls kaum entschärft.

Den vom Marktgemeinderat beschlossenen Lärmschutz wird der Freistaat nicht tragen und muss folglich durch die Gemeinde finanziert werden. Kosten und technische Durchführung sind bisher nicht kalkuliert und völlig unklar.

Aber auch grundsätzliche Fragen zur Westumgehung dürfen bei diesem rasanten Tempo nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Die massive Zunahme des LKW Verkehrs durch attraktive Stauumfahrung der Kreuze Erlangen und Nürnberg, sowie „Mautflüchtlinge“ muß als zusätzliche Belastung für ganz Neunkirchen gesehen werden.

Steigerung der Hochwassergefährdung durch Dammwirkung der Straße für die Wohngebiete Erlengrund und Henkersteg, welches bereits im Hochwassergebiet liegt, Zerstörung des Naherholungswertes für den Ort, massive Vernichtung von Ackerflächen und Naturgebieten dürfen nicht einem Zeitdruck geopfert werden, der diese Entscheidung später bereuen lässt und nie mehr rückgängig zu machen ist.

Die bisherigen Pläne zur Westumgehung schaffen für Neunkirchen mehr Probleme als sie löst. Eine Zustimmung mit vielen Hoffnungen und Vermutungen aber ohne klare Analyse, Zahlen und Fakten wird hier ungeahnte und unangenehme Folgen für alle Neunkirchner haben.

Deshalb ist der jetzige Beschluss des Marktgemeinderates von großer Bedeutung. Eine kritische Abwägung sämtlicher Fakten und Auswirkungen auf Neunkirchen kann jetzt noch im Sinne der Attraktivität von Neunkirchen gelöst werden. Ist der Vorplanung aber zugestimmt, werden die Interessen einer Staatsstraße immer Vorrang vor den Interessen der Gemeinde haben.

Info unter www.Simon-guenther-j.de